IRAN

Wahlen ohne Reformer

Nach den Protesten gegen die offenbar manipulierte Wiederwahl von Präsident Mahmud Ahmadinedschad im Sommer 2009 fragten sich viele, ob Teheran so schnell einen neuen Urnengang riskieren würde. Nun hat das Regime entschieden, die reguläre Parlamentswahl im kommenden März abzuhalten. Dabei deutet sich allerdings schon im Vorfeld ein Desaster bei der Wahlbeteiligung an: Denn die Opposition wird voraussichtlich nicht mitmachen. Da die Anführer der sogenannten Grünen Bewegung, der Kleriker Mahdi Karrubi und der frühere Premier Hossein Mussawi, unter strengem Hausarrest stehen und sich nicht öffentlich äußern dürfen, wagte sich der frühere Staatspräsident Mohammed Chatami vor. Er forderte die Reformer in seinem Land auf, sich gar nicht erst als Kandidaten registrieren zu lassen. „Eine Beteiligung ergibt keinen Sinn“, sagte Chatami in Anspielung auf die Unterdrückung der Grundfreiheiten. Der eher liberale Vorgänger von Präsident Ahmadinedschad verlangt zunächst einmal, alle politischen Gefangenen freizulassen und das in der Verfassung garantierte Recht auf Meinungsfreiheit und Demokratie zu achten. Wohl um keinen Vorwand für seine eigene Verhaftung zu liefern, betonte Chatami allerdings auch, sein Appell an die Kandidaten aus den eigenen Reihen sei kein Aufruf zu einem generellen Wahlboykott.

NEWSHA TAVAKOLIAN / POLARIS / LAIF

Anhänger der „Grünen Bewegung“ 2009

RUSSLAND

Die tschurowsche Zahl

Wladimir Tschurow, 58, Chef der Zentralen Wahlkommission, wird zur Witzfigur im russischen Internet. Der studierte Physiker arbeitete unter Wladimir Putin einst in der Stadtverwaltung von St. Petersburg, wurde 2007 wegen seiner Loyalität zum Wahlleiter ernannt und mit dem Ausspruch berühmt: „Putin hat immer recht.“ Tschurow hatte nach der Duma-Abstimmung vom 4. Dezember jegliche Kritik am Wahlergebnis zurückgewiesen; dabei zeigte schon die Auszählung in Moskau, dass massiv gefälscht worden war. Allerdings unterlief der Tschurow-Behörde dann ein peinlicher Lapsus – als sie vermeldete, im Gebiet Rostow am Don hätten 146 Prozent der Wähler abgestimmt. Seitdem macht sich Russland über Tschurow lustig. Seine ehemaligen Klassenkameraden vom Lyzeum Nr. 30 in St. Petersburg wollen Tschurow nicht mehr zu ihren Feiern einladen, weil er „dem Prestige der russischen Mathematik geschadet“ habe. Blogger empfahlen als neue Maßeinheit die „tschurowsche Zahl“. Im Internet kursieren Scherze wie: „Nimm eine beliebige Zahl, multipliziere sie mit der tschurowschen Zahl, und du erhältst 146 Prozent“, oder: „Die Summe aller Ecken im tschurowschen Dreieck beträgt 146 Grad.“ Populär auch die Feststellung: „Bei Tschurow hat der Tag 146 Stunden und die Stunde 146 Minuten.“

SERGEI KARPUKHIN / REUTERS

Protestplakat „Neues Jahr ohne Putin“

UNGARN

Demütigung für Orbán

Die Serie der Misserfolge von Ministerpräsident Viktor Orbán reißt nicht ab: Am Montag erklärte das ungarische Verfassungsgericht Teile des umstrittenen Mediengesetzes für verfassungswidrig. Mit einem „Maulkorb-Paragrafen“ wollte Orbán auch solche Meinungsäußerungen unter Strafe stellen, die seine Regierung kritisieren. Ende November musste der Premier zudem mit ansehen, wie eine Rating-Agentur die Bonität seines Landes auf Ramschstatus herabstufte. Dass Orbán nun sogar bei EU und IWF um einen Notkredit bitten muss, ist für den Regierungschef besonders demütigend. Erst 2008 hatte Ungarn einen IWF-Kredit erhalten – und der damalige Oppositionschef wetterte, sein Land werde sich unter ihm nie wieder in die Wirtschaftspolitik hineinreden lassen. Kritiker der rechtskonservativen Regierung versuchen jetzt, Massendemonstrationen gegen Orbán zu organisieren. Laut Umfragen würden zurzeit nur noch 34 bis 39 Prozent der Ungarn für ihn stimmen. 2010 waren es noch 54 Prozent.